

Blickpunkt Kroatien

Kroatische Demokratie unter dem Druck der politischen Polarisierung und der ungelösten Hypotheken der Wirtschaftstransformation

**NENAD ZAKOŠEK
JELENA LOVRIĆ
NEVEN ŠANTIĆ
MARINA KLEPO
FRENKI LAUŠIĆ**

- Die Mitte-rechts-Regierungskoalition des kroatischen Premierministers Andrej Plenković verfügt über eine hauchdünne parlamentarische Mehrheit. Plenković steht unter dem Druck des rechten Flügels seiner Partei, der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ), und der Kritiken seitens der Staatspräsidentin Kolinda Grabar Kitarović, die ebenfalls Kroatien politisch mehr nach rechts verschieben möchte.
- Trotz der Versuche, Kroatien in das euroskeptische Lager der Visegrad-Staaten zu führen, verfolgt die kroatische Regierung eine Pro-EU-Linie. Anti-Immigrationsrhetorik findet bei kroatischen Bürgern kein Gehör, Premier Plenković unterstützt den Globalen Pakt für Migration („Marrakesch-Pakt“) und eine gemeinsame EU-Asylpolitik. Gegen den Druck der konservativen Katholischen Kirche ratifizierte Kroatien die sogenannte Istanbulkonvention zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen. Der Einfluss der Populisten und der extremen Rechten bleibt begrenzt.
- Die Schwäche der Mitte-links-Opposition ist vor allem eine Folge der Krise der Sozialdemokratischen Partei (SDP). Die seit zwei Jahren agierende innerparteiliche Opposition gegen den SDP-Vorsitzenden Davor Bernardić hat zu einer allgemeinen Krise der SDP geführt.
- Das ambitionierteste Projekt der Regierung Plenković, die Restrukturierung des Großkonzerns Agrokor, wurde nach über einem Jahr Verhandlungen durch einen Vergleich zwischen den Gläubigern zu Ende gebracht. Die kroatische Öffentlichkeit ist jedoch enttäuscht, dass bei der Lösung der Agrokor-Krise Interessenkonflikte und Begünstigungen von bestimmten Akteuren möglich waren.
- Wegen der gescheiterten Restrukturierung werden Schiffswerfte der Uljanik-Gruppe vom Bankrott bedroht. Der Staat, der weiterhin Eigentumsanteile an den Werften besitzt, versucht strategische Investoren zu finden, die den kroatischen Schiffbau retten könnten.



Die Mühen der kroatischen Demokratie

Editorial von Nenad Zakošek

Als jüngstes Mitglied der Europäischen Union kann Kroatien auch fünf Jahre nach dem Beitritt nicht mit seiner gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage zufrieden sein. Politisch ist Kroatien mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert wie viele andere EU-Staaten: die junge kroatische Demokratie sieht sich dem Druck eines breiten Spektrums rechter und extrem rechter politischer Kräfte ausgesetzt: nationalistischer Veteranenverbände, ultrakonservativer katholischer Laienbewegungen, die von der Kirchenhierarchie unterstützt werden, populistischer Euroskeptiker und philofaschistischer Geschichtsrevisonisten. Anhänger rechtsextremer Ideen reichen von Hass verbreitenden Internetseiten und populären Pop-Rock-Sängern bis zu Teilen der politischen und akademischen Elite.

Die Demokratie wird nicht nur durch ideologische Widersacher sondern auch durch ihre unbefriedigenden ökonomischen Resultate gefährdet. Zwar gibt es nach sechs Jahren Wirtschaftskrise seit 2015 wieder Wirtschaftswachstum, aber das Tempo des Wachstums ist ungenügend. Deswegen bleibt Kroatien hinter den vergleichbaren osteuropäischen Transitionsländern zurück: 2017 wurde Kroatien nach dem Pro-Kopf-Einkommen von Rumänien überholt, in der EU ist nur noch Bulgarien weniger entwickelt. Im Jahr 1990 waren nur Slowenien und Tschechien nach diesem Entwicklungskriterium vor Kroatien.

Die heutigen Probleme Kroatiens sind in erster Linie eine Folge der Besonderheiten der kroatischen Transition in den 1990-er Jahren. Der Übergang vom Kommunismus zur Demokratie stand im Zeichen des Kampfes um staatliche Unabhängigkeit, die durch den Krieg 1991-1995 gefährdet wurde. Unter diesen Umständen regierte die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ), angeführt durch den Staatspräsidenten Franjo Tuđman, als hegemoniale politische Kraft, die von einer schwachen politischen Opposition nicht gefährdet war.

Als politische Konsequenz dieser Konstellation entstand um die HDZ ein klientelistisches Netzwerk von Verbänden und Organisationen, die die Regierungsmacht der HDZ absicherten. Die wichtigsten Klientelorganisationen waren Verbände der Kriegsveteranen, die mit zahlreichen Privilegien beschenkt wurden. Es entstand ein dominanter intoleranter nationalistischer Diskurs, zu deren ideologischen Hütern sich die Veteranen erklärten. Inzwischen mutierten die Veteranenverbände zu Veto-Akteuren, die ihre besonderen politischen Ziele verfolgen, mit dem rechten Flügel der HDZ Aktionen schmieden und sich gegen Reformen stemmen.

Als ein weiterer starker Akteur der politischen Rechte profilierte sich die Katholische Kirche, zusammen mit sehr agilen konservativen Laienorganisationen, die konservative Werte promoviert und sie dem Staat aufzuzwingen versucht: gegen Sexualkunde in den Schulen, gegen Geschlechtergleichstellung (so explizit gegen die Istanbulkonvention zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen), gegen Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe, gegen das geltende liberale Abtreibungsgesetz.

Zusätzlich zu schwierigen politischen Konsequenzen gibt es auch negative wirtschaftliche Folgen der in den 1990-er Jahren erfolgten Transition, vor allem der unter Bedingungen schwacher rechtsstaatlicher Institutionen erfolgten Privatisierung. Dadurch entstand eine

neue, mit der HDZ verbundene wirtschaftliche Elite als Gewinner der Transformation. Doch waren die neuen Magnate (in Kroatien „Tycoons“ genannt) oft nicht kompetent oder nicht daran interessiert, die übernommenen sozialistischen Unternehmen zu restrukturieren und für den EU-Markt fit zu machen. Es lohnte sich mehr, die günstig erworbenen Ressourcen unter politischem Schutz des Staates abzuschöpfen. Der Agrokor-Konzern, der vom reichsten kroatischen Unternehmer Ivica Todorić aufgebaut und 2017 in eine Krise gestürzt wurde, galt als die Verkörperung dieses Wirtschaftsmodells.

Paradoxerweise haben diese Lasten der schwierigen kroatischen Transformation auch Folgen, die sich zugunsten der Demokratie auswirken können. Zwar rufen die weitverbreiteten Phänomene des Klientelismus und Korruption bei den Bürgern politische Apathie hervor. Die Wahlbeteiligung bei den letzten Parlamentswahlen in 2016 betrug knapp 55 Prozent. Trotzdem hatten aber neugegründete populistische Parteien bisher in Kroatien nur marginalen politischen Erfolg: die konservative Partei „Brücke“ (*Most*) erzielte 2016 10 Prozent der Stimmen und steht heute in den Umfragen bei 7-8 Prozent; die ideologisch schillernde „Lebendige Mauer“ (*Živi zid*), die gegen NATO- und EU-Mitgliedschaft Kroatiens agitiert, gewann 2016 nur 6 Prozent der Stimmen und erreicht heute in den Umfragen 13 Prozent.

Eine zweite politische Konsequenz der Transformation ist, dass die Mitte-links-Opposition, die sich bisher um die SDP versammelte, es im Wettbewerb mit der HDZ sehr schwer hat, die Oberhand zu gewinnen. Wenn aber die Opposition es schafft, ein breites Bündnis mit einem klaren Reformprogramm zu bilden, dann hat sie Chancen auf Wahlerfolg: das zeigte sich bisher zweimal, im Jahr 2000 und wieder 2011. Auch zeigten die kroatischen Wähler in den Wahlen 2015, dass sie nicht bereit sind, ein Projekt der „Orbanisierung Kroatiens“ (also einer rechts-autoritären Umwandlung nach ungarischem Rezept) zu unterstützen.

Drittens kann schließlich die Maschinerie der HDZ genutzt werden, um dem rechten Extremismus einen Riegel vorzuschieben, wenn die Partei von einem moderaten Politiker geführt wird, der die HDZ zur politischen Mitte verschiebt. Das zeigte in den 2000-er Jahren Ivo Sanader, der allerdings seine Reformen und politische Karriere durch korrupte Praktiken zerstörte. Das zeigt seit 2016 auch Andrej Plenković, der eine klare pro-EU-Linie verfolgt und gegen nationalistischen oder religiös-konservativen Extremismus vorgeht. Plenković lehnt es ab, Kroatien in das Lager der euroskeptischen Visegrad-Staaten zu führen (obwohl die Präsidentin sich sehr dafür einsetzt). Nur zwei aktuelle Beispiele: Plenkovićs Regierung unterstützt eine gemeinsame EU-Asylpolitik und den Globalen Pakt für Migration („Marrakesch-Pakt“). Und trotz des Drucks der konservativen Katholischen Kirche ratifizierte das kroatische Parlament die sogenannte Istanbulkonvention zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen (Tschechien, Slowakei, Ungarn und Bulgarien haben sie nicht ratifiziert).

Die politische Lage in Kroatien ist somit auch für die EU und Deutschland von Bedeutung: sie bezeugt, dass es heute auch in den mittel- und südosteuropäischen EU-Staaten möglich ist, dem rechtspopulistischen Druck standzuhalten.



Stabilisierung statt Reformen

von Jelena Lovrić

In der Mitte seiner Amtszeit befindet sich Premierminister Andrej Plenković in einer ziemlich paradoxen Lage. Einerseits sind seine Resultate, einschließlich seiner Reputation, schlecht. Seit einiger Zeit ist er laut Umfragen die unpopulärste politische Persönlichkeit im Land. Andererseits hat er auf der politischen Bühne keinen ernstzunehmenden Konkurrenten, weswegen das weitere Bestehen seiner wackeligen Koalitionsregierung nicht in Frage gestellt wird. Er wird voraussichtlich nicht nur bis zum Ende seines Mandats ungestört weiterregieren, sondern hat ziemlich große Chancen, die Wahlen ein zweites Mal zu gewinnen, wenn er sich denn entschließt, noch einmal anzutreten.

Unerfüllte Verprechen der Regierung

Andrej Plenković hat keines seiner großen Versprechen realisiert. Er versprach, die HDZ zu ändern, um Kroatien ändern zu können. Dann kündigte er an, das Jahr 2018 werde ein Jahr der Reformen. Die Betonung der politischen Stabilität und der Kampf gegen Populismus gehören zu seinem verbalen Repertoire. Es stimmt zwar, dass die wirtschaftliche Situation besser geworden ist, das Bruttoinlandsprodukt wächst, aber das alles geschieht ohne großes Zutun der Regierung. Als seinen Verdienst kann der Premierminister die Konsolidierung der Staatsfinanzen herausstellen. Man muss ihm auch zugute halten, dass er sich der Probleme annehmen musste, die in früheren Zeiten entstanden sind, und ganz unerwartet seiner Regierung ins Haus fielen: etwa das Stolpern des Konzerns Agrokor, des größten kroatischen Unternehmens, das sich in der ganzen Region ausgebreitet hat, oder der Kollaps des kroatischen Schiffbaus, der die Staatskasse wegen der hohen staatlichen Kreditbürgschaften belastet.

In den letzten zwei Jahren wurde in Kroatien keine ernsthafte Reform durchgeführt

Tatsache ist, dass Kroatien nach seinen wirtschaftlichen Parametern Europas Schlusslicht ist und weiterhin kein ausreichendes Entwicklungstempo erreichen kann. Kroatien bleibt zurück nicht nur im Vergleich mit dem EU-Durchschnitt, sondern auch im Vergleich mit anderen postkommunistischen Transitionsländern. Keine ernsthafte Reform wurde in Kroatien durchgeführt. Die von Plenkovićs Regierung angestoßenen Reformen blieben bei einer Umschichtung der Steuersätze stecken, deren Auswirkungen objektiv begrenzt sind, und einer übers Knie gebrochenen Intervention im Rentensystem, die viele Proteste seitens der Gewerkschaften ausgelöst hat. Die Auswanderung des dynamischsten Teils der Bevölkerung hat eine alarmierende Dynamik erlangt. Kroatien bleibt ohne Arbeitskräfte.

Zum positiven Saldo der Regierung unter Plenković gehört, dass die politische Szene nicht mehr durch einen überkochenden Extremismus gekennzeichnet ist, aber die Ombudsfrau Lora Vidović, die vom kroatischen Parlament gewählt wurde und laut

Verfassung den Auftrag hat, Menschenrechte in Kroatien zu schützen, weist in ihrem gerade veröffentlichten Bericht darauf hin, dass die Regierung durch das Tolerieren von Geschichtsrevisionsismus und Verherrlichung des Ustaša-Regimes die Verfassung verletzt. Der Regierungschef kann sein Versprechen politischer Stabilität nur dadurch einlösen, dass er die Parlamentsmehrheit um jeden Preis zu erhalten versucht – politischer Kuhhandel oder sogar politische Korruption nicht ausgeschlossen. Dem Premier, der sich mehr mit dem Schicksal seiner Regierung beschäftigt als mit dem Schicksal des Landes, ist es gelungen, so offen wie niemals zuvor jenseits von Moral und Gesetz zu balancieren.

Offensive der Rechten

Dabei hilft ihm der Umstand, dass Kroatien derzeit praktisch ein Land ohne wirksame Opposition ist. Die Sozialdemokraten sind seit zwei Jahren mit ihren innerparteilichen Konflikten beschäftigt, so dass die Unterstützung für sie bei den Wählern kontinuierlich fällt. Die Linke ist machtlos, die Rechte dagegen wendet sich immer häufiger gegen Andrej Plenković. Die größte Gefahr allerdings kommt für ihn aus der eigenen Partei, von dem rechten Flügel der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ), die einerseits mit den mächtigen, radikal nationalistischen Vereinigungen der Kriegsveteranen, andererseits mit den fundamentalistischen Kräften der Katholischen Kirche verbunden ist.

Dank Plenković ist die politische Szene nicht mehr durch einen überkochenden Extremismus gekennzeichnet

Mit zahlreichen Aktionen haben sie in der jüngsten Vergangenheit die innerparteiliche Opposition erfolgreich mobilisieren können: zuerst probten sie den Aufstand gegen die Istanbulkonvention, weswegen sich die HDZ fast entzweite, denn zum ersten Mal stimmte ein bedeutender Teil der HDZ in Sabor gegen die Mehrheitsposition der Parteiführung. Referendumsinitiativen wurden organisiert, die unter dem Vorwand der Demokratisierung des Wahlsystems das Ziel verfolgen, Ressentiments gegen nationale Minderheiten, vor allem gegen die serbische Minderheit, zu schüren. Die Regierung ließ die Unterschriften der Referendumsinitiativen prüfen und behauptete, die von der Verfassung vorgeschriebene Zahl der gültigen Unterschriften (10 Prozent des Wahlkörpers, etwa 380.000 Wähler) seien nicht erreicht worden. Die Organisatoren der beiden Initiativen beanstanden dagegen, dass die Verifikation der Unterschriftenlisten nicht transparent durchgeführt worden sei. Als ein Schlag von rechts profilierte sich unlängst auch eine Protestkundgebung in Vukovar, die sich vordergründig gegen das Ausbleiben gerichtlicher Verfolgung von Kriegsverbrechen im Krieg 1991-1995 richtete. Fast erübrigt es sich zu bemerken, dass der Protest nur Kriegsverbrechen an Kroaten thematisierte; die Kriegsverbrechen gegen Serben taugen in Kroatien nicht als Anlass für Proteste.



Premierminister Andrej Plenković und Staatspräsidentin Kolinda Grabar-Kitarović

Insgesamt verfügen die Rechten weiterhin über Mobilisierungspotenzial und sollten nicht unterschätzt werden. Durch die Schwäche der Linken sind sie in der Öffentlichkeit aber überproportional sichtbar. Das ist fatal, weil rechtsextreme Ideen dadurch in den politischen Mainstream vordringen und von vielen akzeptiert wird, dass sie einen Hauch von Normalität bekommen. Trost bietet lediglich die Tatsache, dass die Rechte fragmentiert ist und keine politische Persönlichkeit hat, die sich an die Spitze der verschiedenen Initiativen und Gruppen setzen und ihnen Ausdruck verschaffen könnte.

Premier und Staatspräsidentin

Bei der Suche nach einer geeigneten Führungspersönlichkeit der Rechten wird in letzter Zeit mit dem Namen der Präsidentin der Republik spekuliert. Da die Präsidentschaftswahlen (die Ende 2019 stattfinden) immer näher rücken, eröffnete die Präsidentin die Saison der Auseinandersetzungen mit dem Premierminister. Die Streitpunkte zwischen ihnen sind teilweise durch die Ambition der Staatsehefrau verursacht, über die Grenzen ihrer, durch die Verfassung sehr limitierten Zuständigkeiten hinauszugehen. Ein Teil der Spannungen resultiert auch aus ihrer politischen Inkonsistenz. Frau Grabar-Kitarović hat die Neigung, von einem politischen Ereignis zum anderen zu laufen. Am Ende ihres Herumirrens folgt sie in der Regel dem Syrenengesang der extremen Rechten, während der Premierminister seine Mitte-rechts-Position konsequent beibehält.

***Rechtsextreme Ideen sind in den politischen
Mainstream vorgedrungen und haben einen Hauch
von Normalität bekommen***

Das Verhältnis zwischen den zwei mit den höchsten kroatischen Amtsträgern assoziierten Amtssitzen in Zagreb, Pantovčak (Sitz der Staatspräsidentin) und Markov trg (Sitz des Premierministers) wird letztlich von den Karriereplänen der beiden Protagonisten

abhängen. Wenn Kolinda Grabar-Kitarović sich entscheidet, das Rennen für ein neues Mandat als Präsidentin zu bestreiten, wird sie die Unterstützung von HDZ bzw. von Andrej Plenković brauchen. Er kann ihr diese nicht verweigern, jedoch kann er sie in der Praxis obstruieren. Das Problem besteht aber darin, dass beide Protagonisten anscheinend ihre jetzigen Funktionen als Sprungbrett für ihre Beförderung auf der internationalen Bühne betrachten. Der Premierminister strebt die Fortsetzung seiner Karriere in Brüssel an. Es wird gemunkelt, dass die Präsidentin dagegen Appetit auf eine hohe NATO-Funktion habe. Nichts ist für Kroatien so verheerend wie die Tatsache, dass die höchsten Amtsträger dieses Staates Kroatien nur als eine Durchgangsstation betrachten.

Jelena Lovrić ist Kommentatorin der Wochenzeitung Nacional



Die Existenzkrise der Sozialdemokraten

von Neven Šantić

Als das Mitglied des Europäischen Parlaments Biljana Borzan im September diesen Jahres in Split verkündete, „dass Zlatko Komadina als geschäftsführender Vorsitzender die Führung der SDP übernehmen sollte, um die innerparteiliche Krise zu überwinden“, wurde klar, dass die Krise der SDP einen so tiefen Punkt erreicht hatte, dass es kaum etwas gibt, was der Partei noch helfen könnte.

Parteiloyalität statt Ideen

Biljana Borzan ist nicht die einzige, die die Rettung in einem „erfahrenen und langjährigen Parteikader“ sucht, eben dem jetzigen stellvertretenden Vorsitzenden der SDP. Eine ähnliche These über Komadina als den Retter der Partei äußerte Arsen Bauk, der SDP-Fraktionsvorsitzende, in seinem Interview in der Zeitung *Novi list* Ende September 2018. Auch einige andere Parteimitglieder, die in den jahrelangen Konfrontationen neutral waren, teilen diese Meinung.

Sozialdemokraten erleben heute nicht nur eine Führungskrise, die Zukunft der Partei steht auf dem Spiel

Den besten Kommentar auf diese Rufe nach Komadina hat Bojan Glavašević formuliert, der einen Monat vor dem Interview von Bauk die Partei verlassen hatte. In einem Interview für die Tageszeitung *Večernji list* sagte er: „eine der Hauptursachen für den Zustand, in dem sich die SDP heute befindet, ist der Umstand, dass in irgend einem Moment man angefangen hat, die Länge der Parteikarriere als etwas zu betrachten, das eine wichtigere Qualifikation ist als andere Eigenschaften. Deswegen war für manche Parteigenossen die Tatsache, dass ich kein ‚Kind der Partei‘ bin, wichtiger als einige andere Qualitäten, die ich besitze. Nun ist der aktuelle Vorsitzende der SDP ein ‚Kind der Partei‘ und jeder kann daraus die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen“.

Viele führende SDP-Mitglieder betrachten die Länge der Parteikarriere als etwas, das wichtiger ist als andere Qualitäten

Sein vernichtendes Fazit lautete dann: „in der SDP handelt es sich nicht mehr um eine Führungskrise, sondern darum, dass die Partei ihre historische Episode in der kroatischen Politik damit beendet, dass ein Teil der Parteiführung endlos um Ämter kämpft und deswegen die Fähigkeit verloren hat, auf Herausforderungen, vor denen Kroatien steht, zu antworten“. Man muss Glavaševićs These nicht teilen, dass man die Lösungen für die gegenwärtigen Probleme „jenseits der Sozialdemokratie“ suchen müsse, aber seiner Beschreibung der innerparteilichen Lage der SDP kann man kaum etwas hinzufügen.

Die SDP ist heute eine gesplante und ausgelaugte Partei, in der Aparatschiks (alte und neue Mitglieder) die Oberhand haben.

Sie beweisen jeden Tag, dass sie sich mehr für personalpolitische Kombinatorik und Macht (und wie man sie erwerben kann) interessieren als für frische Ideen, die die kroatischen Wähler aus ihrer Lethargie erwecken könnten.

Niedergang der Wählerunterstützung

Gibt es Beweise für diese Zustandsbeschreibung? Wir brauchen nicht den Meinungen zu vertrauen, schauen wir uns die Tatsachen an. Seit April 2017, dem Beginn des Wahlkampfs für die Lokal- und Regionalwahlen, bis Oktober 2018 ist die Wählerunterstützung für die SDP drastisch gefallen. Nach dem Meinungsforschungsinstitut Crobarometar fiel das Rating der SDP bei den Wählern von 22,7 auf 16,3 Prozent, während nach Crodemoskop die Unterstützung der Wähler von 21,1 auf 17,4 Prozent zurückging. Niemand weiß, ob dieser Abwärtstrend gestoppt oder gar umgekehrt werden kann. Aber alle, die sich für kroatische Politik interessieren, wissen, dass der Enttäuschung der Wähler unzählige Eigentore der führenden SDP-Mitglieder in den letzten anderthalb Jahren vorausgingen, die durch ein permanentes Referendum über den Parteivorsitzenden Davor Bernardić gekennzeichnet waren.

Der SDP fehlt eine moderne Führungspersönlichkeit, die imstande wäre, eine Zukunftsvision der Partei zu formulieren und die Unterstützung der Mitglieder für diese zu bekommen

Der Streit um die von Arsen Bauk eingebrachten Statutänderungen im Vorfeld der innerparteilichen Wahlen (deren Annahme u.a. dazu geführt hat, dass SDP-Funktionäre nicht mehr für Parteifunktionen kandidieren dürfen, wenn sie an weniger als 50 Prozent der Sitzungen der leitenden Parteigremien teilgenommen haben), der Hinauswurf von Mirando Mrić aus der Partei, die Suspension der Vorstandsmitglieder Vedran Babić, Mihael Zmajlović, Siniša Hajdaš-Dončić und Peđa Grbin, unablässige Forderungen nach dem Rücktritt von Bernardić und seine ebenso trotzigige Weigerung, dies zu tun, die Umstände um die Parteiaustritte von Milanka Opačić und Aleksandra Kolarić, der gescheiterte Versuch auf der letzten Sitzung des Hauptausschusses der SDP, das Parteistatut zu ändern, um den Parteivorsitzenden leichter abzusetzen – all das waren am Ende Operettennummern eines traurigen Chors, der in Gegner und Anhänger von Bernardić gespalten ist, in dem aber alle nur darauf aus sind, ihre eigenen Stellungen zu halten. Der Liste der negativen Ereignisse kann man auch das Sommertreffen in Kamanje hinzufügen, wo eine selbsternannte Konklave von Funktionsträgern zusammenkam, um den Papst (Parteiführer Bernardić) abzusetzen; ebenso das inszenierte Zögern (ich will es/ich will es nicht) von Zlatko Komadina, ob er nun seinen Schützling Bernardić absetzen möchte, um wie ein aus dem Exil zurückkehrender König ohne Wahlen das Zepter zu übernehmen. In dieser Zeit der



SDP-Vorsitzender *Davor Bernardić*



Ehemalige Vorsitzende der Kommission zur Entscheidung über Interessenkonflikte *Dalija Orešković*

eigenen Zersetzung hat die SDP keine einzige angemessene und durchdachte politische Aktion oder Initiative eingebracht. Sogar der Versuch, ein Misstrauensvotum gegen die Regierung wegen der Agrokor-Affäre einzuleiten, hat sich als Platzpatrone erwiesen.

Die SDP hält ihre Stellung im Parteisppektrum Kroatiens weil eine Alternative für die Mitte-links-Wähler fehlt

Wenn auch vieles derzeit unklar erscheint, ist eines klar: die SDP hat gegenwärtig keinen Parteiführer, der imstande wäre, die Querelen zu beenden und eine Zukunftsvision für die Partei zu formulieren und die Unterstützung der Mitglieder dafür zu bekommen.

Wer mobilisiert die Mitte-links-Wähler?

Eine Folge der fatalen wie zermürbenden innerparteilichen Querelen ist die Tatsache, dass in der SDP keine nennenswerten Debatten mehr stattfinden, dass der Wettbewerb von Ideen und Meinungen zum Stillstand gekommen ist. Hier schneidet selbst die HDZ besser ab, wo es – wie Biljana Borzan es bemerkte – anlässlich der Istanbulkonvention einen offenen Meinungsstreit gab. Das einzig wichtige in der SDP ist derzeit, wer mit wem ist, wie und bis wann. Eine ernstzunehmende Partei darf es nicht zulassen, dass die Diskussion über das neue Parteiprogramm wie eine langweilige Abarbeitung der Tagesordnung abläuft, wie das beim SDP-Parteitag im März 2018 geschah.

Noch ist die SDP die stärkste Oppositionspartei. Sie wird dadurch am Leben erhalten, dass eine Alternative, die sie ablösen könnte, nicht in Sicht ist. Die SDP hat in den 1990er Jahren die Schwäche der HSL (sozialliberale Partei, die heute ein Anhängsel der HDZ ist) ausgenutzt, um von den Toten aufzuerstehen. Jetzt ist die Partei in einer Situation, in der sie hoffen muss, dass bei den nächsten Wahlen nicht eine neue Gruppierung auftritt, die sie nach

20 Jahren wieder in die politische Bedeutungslosigkeit verdrängen könnte. Die kleineren Parteien *Živi zid* und *Most* haben nicht das Potenzial, die Neue Linke (*Nova ljevica*) und Arbeiterfront (*Radnička fronta*) stehen zu links für den durchschnittlichen kroatischen Wähler. Aber Dalija Orešković, die ehemalige Präsidentin der „Kommission zur Entscheidung über Interessenkonflikte“, betritt aktuell die politische Arena und kündigt eine neue Mitte-Links Partei an, die für die SDP gefährlich werden könnte. Die SDP ist gut beraten, ihre Querelen zu beenden und die bevorstehenden Europawahlen zum Anlass zu nehmen, ihre politische Gestaltungskraft wieder zu erlangen. Die Trägheit der Wähler in Kroatien ist groß, aber auch sie hat ihre Grenzen.

Neven Šantić ist freier Journalist aus Rijeka



Die Restrukturierung von Agrokor

von Marina Klepo

Das ambitionierteste Projekt der Regierung Plenković, die Restrukturierung des Großkonzerns Agrokor, wurde nach über einem Jahr Verhandlungen durch einen Vergleich zwischen den Gläubigern zu Ende gebracht. Damit ist das Überleben einer großen Zahl kroatischer Unternehmen gesichert, ohne dass die Rechnung durch den Steuerzahler bezahlt wurde. Die Art und Weise dieser Staatsintervention hat jedoch Fragen aufgeworfen, die das ohnehin schwache Vertrauen der Bürger in die professionelle Qualität der Institutionen und ihre Beachtung der gültigen Verfahrensregeln erneut beeinträchtigen.

Kontroversen um „Lex Agrokor“

Schon zu Jahresanfang trat der erste Sonderverwalter von Agrokor, Ante Ramljak, zurück, belastet durch Anschuldigungen, dass er als Berater für die Restrukturierung von Agrokor die Firma Alix Partners aussuchte, die anschließend als Subunternehmen die Firma Texo Management in Auftrag nahm, in der Ramljak vormals selber beschäftigt war. Obwohl es im Vertrag über den sogenannten Roll-up-Kredit, mit dem die Fortsetzung der wirtschaftlichen Aktivitäten des Konzerns Agrokor gesichert wurde, vorgesehen war, dass im Falle einer Absetzung von Ramljak automatisch Forderungen in Höhe von 1,06 Mrd. Kuna fällig würden, entschlossen sich die Kreditgeber, diese nicht einzufordern, sondern unterstützten die am 27. Februar 2018 erfolgte Ernennung von Fabris Peruško als neuen Sonderverwalter und von Irena Weber als seiner Stellvertreterin.

Die Restrukturierung von Agrokor wurde durch einen Vergleich zwischen den Gläubigern und dessen gerichtliche Bestätigung zu Ende geführt

Oberste Priorität räumte Fabris Peruško einem Vergleich zwischen den Gläubigern des Konzerns ein. Sehr bald holte er dafür die russische Sberbank an den Verhandlungstisch zurück, nachdem der vorherige Sonderverwalter Ramljak es ablehnte, die Forderungen dieser Bank anzuerkennen. Viele und oft entgegengesetzte Interessen von mehr als fünf Tausend Gläubigern – wobei Anschuldigungen erhoben wurden, dass die Sonderverwaltung in manchen Fällen einseitig und zu Gunsten bestimmter Gläubiger handelte, während andere, vor allem Kleinaktionäre, benachteiligt wurden und mit leeren Händen ausgingen – führten zu heftigen Grabenkämpfen und zahlreichen öffentlichen Polemiken. Ein Höhepunkt wurde im Mai 2018 durch die Affäre „Hotmail“ erreicht, die nach der privaten Mailadresse der Vize-Premierministerin Martina Dalić benannt wurde. In der Vorbereitung des Gesetzes über das Verfahren der außerordentlichen Verwaltung (sog. „Lex Agrokor“) kommunizierte Martina Dalić mit einer Gruppe von auswärtigen Akteuren, die an der Ausarbeitung des Gesetzes arbeiteten, um sich anschließend dann auch an seiner Durchführung zu beteiligen.

Dieser Interessenkonflikt – dass die gleichen Leute an der Formulierung des Gesetzes arbeiten, die dann später mit seiner Implementation beauftragt werden – war für die Vize-Premierministerin nicht problematisch und sie versuchte ihn mit der Tatsache zu rechtfertigen, dass es in den außerordentlichen Umständen, in denen ein Wirtschaftskollaps drohte, keine Zeit gab für eine strenge Einhaltung der vorgeschriebenen Prozeduren. Aber die Argumente, mit denen sie ihre Fehler rechtfertigte, fanden kein Gehör in der Öffentlichkeit. Die Affäre, die deswegen entbrannte, ließ sich nicht anders entschärfen als durch den Rücktritt der Ministerin.

Bei der Vorbereitung der „Lex Agrokor“ wurden Akteure konsultiert, die später an der Umsetzung des Gesetzes beteiligt wurden

Einige Monate später erfuhr die Öffentlichkeit von der Intervention eines Mitarbeiters von Martina Dalić, der im letzten Moment durchsetzte, eine Klausel über das Roll-up-Modell der Kreditierung in die „Lex Agrokor“ aufzunehmen: durch dieses Modell wird neuen Kreditgebern bei der Begleichung der Schulden Priorität eingeräumt. Diese Information hat zusätzlich Indizien für den Verdacht gestärkt, dass bei der Einführung von „Lex Agrokor“ auch die Absicht bestand, bestimmte Akteure zu begünstigen. Unter diesen Akteuren, die heute in einer günstigeren Position sind, ist auch der amerikanische Kapitalfonds Knighthood, der billige Obligationen von Agrokor kaufte. Es wird vermutet, dass der Fonds bei dieser Transaktion über privilegierte Informationen verfügte.

Umstrukturierung des Agrokor-Konzerns

Die Mehrheit der Gläubiger akzeptierte schließlich den Vorschlag des Vergleichs, der eine neue Eigentumsstruktur des Konzerns Agrokor schuf: die russische Sberbank erhielt 39,2 Prozent, die Besitzer der Agrokor-Obligationen 24,9 Prozent, die kroatischen Banken 15,3 Prozent und Warenlieferanten 4,7 Prozent der Anteile des Konzerns. Der Vergleich wurde durch einen vorläufigen Gläubigerausschuss angenommen, weil der Sonderverwalter nicht imstande war, innerhalb der gesetzlichen Frist einen ständigen Gläubigerausschuss zu errichten. Dieser Umstand belastet die Legalität des Vergleichs, auch wenn sich der Sonderverwalter auf die Klausel der „Lex Agrokor“ berief, wonach „vorläufiger Gläubigerausschuss alle Befugnisse, Rechte und Pflichten eines ständigen Gläubigerrats bis zur Bildung des letzteren hat“.

Die 87 Gläubiger, die mit dem Vergleich unzufrieden waren, klagten dagegen vor dem Obersten Handelsgericht Kroatiens. Die Klage wurde mit dem Argument abgewiesen, dass es „keine wesentlichen Verfahrensfehler gab“. Wenn man den Ankündigungen der neuen Agrokor-Eigentümer Glauben schenkt, wird der Konzern in der gegenwärtigen Form vorerst bestehen bleiben.



Ehemaliger Agrokor-Besitzer Ivica Todorić

Der Verkauf des Konzerns oder einiger zu ihm gehörender Unternehmen an dritte Investoren wird erst in drei bis vier Jahren erwartet.

Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass die Sonderverwaltung im Agrokor-Konzern bestimmte Interessen begünstigt hat

Am gleichen Tag, an dem das Oberste Handelsgericht die Klage einiger Gläubiger ablehnte und die Gesetzmäßigkeit des vereinbarten Vergleichs bestätigte, entschied ein Londoner Gerichtshof, den ehemaligen Agrokor-Besitzer Ivica Todorić, der sich seit mehr als einem Jahr im Vereinigten Königreich aufhielt und sich weigerte, vor der kroatischen Justiz die Verantwortung für die ihm zur Last gelegten Vergehen zu übernehmen, an Kroatien auszuliefern. Todorić wurde zunächst in die Untersuchungshaft in Zagreb gebracht und nach der Zahlung von ca. einer Million Euro Kautions auf freien Fuß gesetzt. Obwohl die Anklage gegen Todorić noch immer nicht erhoben wurde, ist in der Öffentlichkeit bekannt, dass ihm die Staatsanwaltschaft die Fälschung der Finanzberichte von Agrokor und illegale Geldabschöpfung aus dem Agrokor-Konzern in Höhe von 1,4 Mrd. Kuna zur Last legt.

Ende oder Fortbestehen des Crony-Kapitalismus?

Eine interessante Aufarbeitung der Agrokor Affäre hat die ehemalige Vize-Premierministerin Martina Dalić Ende Oktober 2018 mit ihrem Buch „Zusammenbruch des Crony-Kapitalismus“ vorgelegt. Darin formuliert sie zwei wesentliche Thesen: dank der Staatsintervention aufgrund der „Lex Agrokor“ wurde „eine Katastrophe der kroatischen Wirtschaft“ vermieden und die Affäre „Hotmail“ wurde frei erfunden. Sie besteht darauf, dass es keine geheime Verschwörergruppe bei der Vorbereitung der „Lex Agrokor“ gab.

Dem ehemaligen Agrokor-Besitzer Ivica Todorić wird Fälschung der Finanzberichte und illegale Geldabschöpfung aus dem Agrokor-Konzern zur Last legt

Für die kroatische Regierung ist es wichtig, das Verfahren der Sonderverwaltung in Agrokor erfolgreich zu Ende zu führen, was mit der Implementierung des vereinbarten Vergleichs und der Aufstellung des neuen Konzern-Managements seitens der neuen Besitzer geschehen wird. Aber für die breite kroatische Öffentlichkeit ist es zumindest ebenso wichtig, wie dieses Verfahren durchgeführt wurde: man konnte sehen, dass wichtige Staatsgeschäfte auf informelle Weise organisiert wurden, wobei Interessenkonflikte und Begünstigungen von bestimmten Akteuren möglich waren. Am Ende kann aufgrund dieser Erfahrung die Frage gestellt werden, ob überhaupt die „Lex Agrokor“ zur Überwindung der Krise notwendig war. So wie die Gläubiger gezeigt haben, dass sie imstande waren, eine Vereinbarung zu erreichen, wäre es vielleicht möglich gewesen, im regulären Konkurs-Verfahren eine Lösung zu finden. Auf jeden Fall sollten aus der Agrokor-Krise und ihrer Behandlung Lehren für die Zukunft gezogen werden.

Marina Klepo ist Journalistin der Tageszeitung Jutarnji list



Die kroatischen Schiffbauer in der Notlage

von Frenki Laušić

Die Probleme der Uljanik Gruppe, des Schiffbauunternehmens mit Sitz in Pula, begannen bereits vor zehn Jahren, als man in der Werft von Uljanik beschloss, vom Bau einfacher Schiffe auf den Bau von komplexeren Schiffen überzugehen. Dieser Grund wird auch in der offiziellen Erklärung der Europäischen Kommission vom Januar 2018 genannt, als die kroatische Regierung die Erlaubnis bekam, staatliche Kreditbürgschaften für einen Kredit an Uljanik in Höhe von 96 Millionen Euro zu gewähren.

Gescheiterte Restrukturierung

Weil die neuen komplexeren Schiffe als Pilot-Projekte gebaut wurden, verzögerten sich erwartungsgemäß sowohl ihr Projektieren als auch ihr Bau. In den Jahren 2014 und 2015 bekamen diese Probleme eine zusätzliche Dynamik, als die Regierung der Uljanik-Gruppe Kreditbürgschaften für mehrere Schiffe jährlich gewährte. Anfang 2018 erreichten diese Bürgschaften die Höhe von mehr als 600 Mio. Euro, während im Jahr 2017 die Verluste der Uljanik Gruppe 1,8 Mrd. Kuna erreichten. Erstmals hatten sich das Unternehmensmanagement und die Wirtschaftsprüfer von PwC dazu entschlossen, diese Zahlen offenzulegen und den größten Teil der Verluste zuzugeben, die in Folge der Aufträge und des Baus von insgesamt 17 Schiffen entstanden waren.

Die Probleme der Uljanik Gruppe begannen vor zehn Jahren mit dem Übergang zum Bau komplexer Schiffe

Die Dramatik dieser Zahlen verschärfte sich, als die staatliche Finanzprüfung Ende September 2017 feststellte, dass unerlaubte Übertragungen der Mittel aus der Tochtergesellschaft 3. Maj in Rijeka stattgefunden hatten, bzw. dass Staatssubventionen in zweckfremder Weise verwendet wurden. Hintergrund ist, dass im Jahr 2013 ein Restrukturierungsprozess im Schiffbauunternehmen 3. Maj stattgefunden hatte, an dessen Kosten der kroatische Staat mit 60 Prozent beteiligt war. Der strategische Partner war die Uljanik AG, die Muttergesellschaft beider Schiffswerften, die 40 Prozent der Restrukturierungskosten trug.

Die Uljanik Schiffswerft und die Uljanik AG wurden damals nicht restrukturiert, sondern entschieden sich für eine „Lösung“ ihrer Probleme durch Privatisierung, bei der die Arbeiter des Unternehmens 47 Prozent der Aktien der Uljanik AG erwarben, und durch Aufstockung des Grundkapitals, an der sich, unter anderen, Rentenfonds, die Adris Gruppe und einige kleinere Investoren beteiligten. Der Staat behielt einen Anteil von 25,08 Prozent der Aktien der Uljanik AG, war aber nicht im Aufsichtsrat vertreten. Die Uljanik Gruppe besteht aus der Uljanik AG (die als Muttergesellschaft die Schiffbauaufträge und andere Geschäfte besorgt), der Uljanik Schiffswerft in Pula, der Schiffswerft 3. Maj in Rijeka und weiteren kleineren Unternehmen. Insgesamt 11 Unternehmen machen die Uljanik Gruppe aus.

Uljanik AG und Uljanik Schiffswerft waren eigentlich schon Ende 2017 konkursreif, aber die Europäische Kommission billigte im Januar 2018 eine staatliche Kreditbürgschaft für einen Kredit in Höhe von 96 Mio. Euro, damit das Unternehmen die Arbeit fortsetzen konnte. Im Gegenzug verpflichtete sich die Uljanik AG, innerhalb von 6 Monaten einen strategischen Partner zur Aufstockung des Grundkapitals zu finden und einen Restrukturierungsplan auszuarbeiten. Im März 2018 wurde als strategischer Partner zur Aufstockung des Grundkapitals die Firma Kermas Energija von Danko Končar gewählt, die auch im Besitz der Schiffswerft Brodotrogir ist. Kermas Energija sollte 200 Mio. Kuna zahlen, um Mehrheitseigentümer der Uljanik AG zu werden. Bis heute ist das nicht geschehen. Bis heute wurde auch kein Restrukturierungsplan mit der kroatischen Regierung und der Europäischen Kommission vereinbart.

Auftürmende Verluste der Uljanik Gruppe

Erwartungsgemäß erwirtschaftete die Uljanik Gruppe im Jahr 2018 weiterhin Verluste, ebenso setzten sich Verspätungen im Bau und der Lieferung von Schiffen fort, weswegen einige Käufer ihre Aufträge kündigten, sogar für Schiffe, die in einem hohen Stadium der Fertigung waren. Der Staat half im September 2018 mit zusätzlichen Bürgschaften für Kredite, um zwei Monatsgehälter an die Arbeiter auszahlen zu können. Kermas Energija half ebenfalls mit einem Kredit an die Uljanik AG in Höhe von 12 Mio. Euro (als Bürgschaft für diesen Kredit diente das Eigentum der Uljanik Gruppe), wodurch die Aktivierung einer staatlichen Kreditbürgschaft in Höhe von 115 Mio. Euro vermieden wurde.

Im Jahr 2017 betrugen die Verluste der Uljanik Gruppe 1,8 Milliarden Kuna

Uljaniks Probleme haben sich weiterhin aufgetürmt. Das Auftragsbuch der Schiffswerft ist wegen Kündigung der Aufträge im November 2018 von 17 auf nur 6 Schiffe gefallen. Für den Staat als Hauptkreditbürgen entstehen laut Informationen des Finanzministeriums wegen der gekündigten Aufträge und der Unfähigkeit von Uljanik AG, fällige Kredite zurückzuzahlen, in diesem und nächstem Jahr Kosten in Höhe von 3,6 bis 4,2 Mrd. Kuna.

Um den Schaden zumindest teilweise zu mindern, gibt es die Möglichkeit – und das ist der offizielle Standpunkt der Regierung – dass der Staat den Bau einiger Schiffe, die sich in der Werft in einem hohen Stadium der Fertigstellung befinden, finanziert, wodurch er dann nach der Auszahlung der Kreditbürgschaften Eigentum an den Schiffen erwerben würde. Man könnte versuchen, diese Schiffe auf dem Weltmarkt zu verkaufen, um nachträglich einen Teil der Ausgaben für die Kreditbürgschaften zu decken.

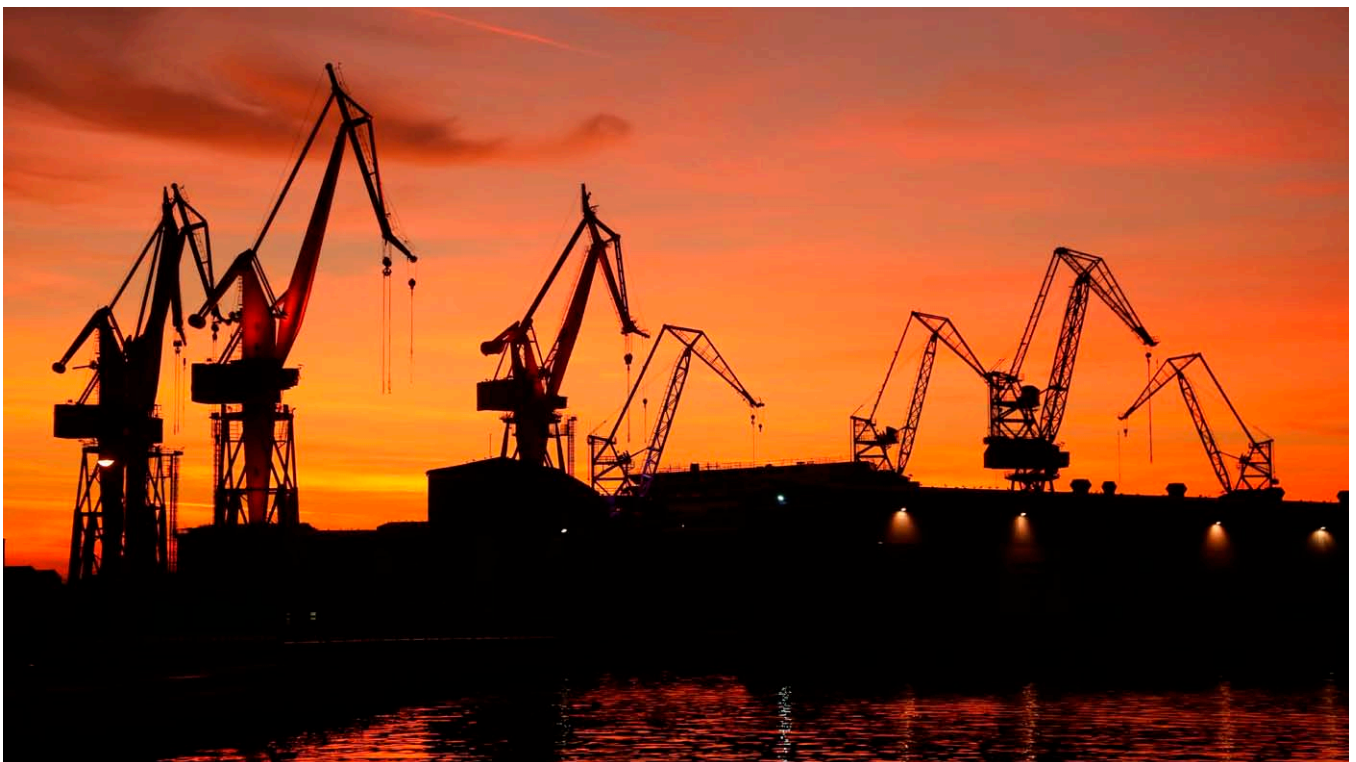
Zukunftsaussichten für den Schiffbau

Insgesamt liegt der Fahrplan für eine Rettung des Unternehmens, das insgesamt 4000 Beschäftigte hat, auch nach 11 Monaten immer noch nicht vor. Es ist nicht klar, ob die Uljanik AG und die Schiffswerft 3. Maj durch ein Konkursverfahren oder einen Vor-Konkurs-Vergleich saniert werden können, oder ob die Uljanik Gruppe insgesamt oder einzelne Schiffswerften von einem strategischen Partner übernommen werden. Vorerst ist nur bekannt, dass das italienische Schiffbauunternehmen Fincantieri zusammen mit der kroatischen DIV Gruppe im Besitz von Tomislav Debeljak (der zugleich Eigentümer der Schiffswerft Brodosplit ist), eine Absichtserklärung zur Übernahme eingereicht haben, wobei nicht klar ist, ob sich diese auf die ganze Uljanik Gruppe oder nur die Schiffswerft 3. Maj bezieht. Als weitere mögliche strategische Partner werden daneben auch ukrainische, deutsche, niederländische, chinesische und koreanische Investoren gehandelt. Offiziell gibt es aber nur die Absichtserklärung von Fincantieri und DIV Gruppe, während die Firma, die vorher offiziell als strategischer Partner genannt wurde, die Kermas Energija, immer weniger als ein wirklicher Investor genannt wird.

Das Auftragsbuch der Uljanik Schiffswerft ist wegen Kündigung der Aufträge im November 2018 von 17 auf nur 6 Schiffe gefallen

Inzwischen wurde den Arbeitern ein Minimallohn für September ausgezahlt. Die Uljanik Gruppe befindet sich seit einem Jahr faktisch im Konkurs (obwohl ein entsprechendes Verfahren nicht eröffnet wurde) und wartet auf den Ausgang der Krise. Verschiedene Optionen sind noch immer offen: vielleicht wird das Unternehmen einem Konkursverfahren unterzogen oder aber direkt an einen neuen Investor verkauft. Seit April 2018 führt auch die Staatsanwaltschaft Ermittlungen über die Uljanik Gruppe durch, die aufgrund von anonymen Strafanzeigen gegen illegale Praktiken des Unternehmensmanagements eingeleitet wurden.

Frenki Laušić ist Journalist der Tageszeitung Jutarnji list



Uljanik Schiffswerft

Impressum:

BLICKPUNKT KROATIEN erscheint vierteljährlich in elektronischer Form.

Gesamtverantwortlich: TÜRKAN KARAKURT, Leiterin des Regionalbüros der FES für Kroatien und Slowenien

Chefredakteur und Übersetzer ins Deutsche: Dr. NENAD ZAKOŠEK, Professor an der Fakultät der politischen Wissenschaften

der Universität Zagreb und wissenschaftlicher Berater des FES-Büros Zagreb, Layout: VESNA IBRIŠIMOVIĆ

Friedrich-Ebert-Stiftung, Praška 8, HR - 10000 Zagreb, Kroatien, Telefon: +385 1 4807970, Fax: +385 1 4807978, E-mail: ijp@fes.hr, Web: www.fes.hr

Die publizierten Texte geben die Ansichten der Autoren wieder und müssen nicht mit den Auffassungen der FES übereinstimmen.

© Copyright: Die Verwendung der Texte oder Auszüge aus ihnen ist nur mit der vorherigen Genehmigung des FES-Büros Zagreb erlaubt.

© Copyright der Fotografien in dieser Ausgabe: CROPIX, Zagreb.

Wenn Sie den Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie bitte eine E-Mail an unsere Adresse.